











## 1. Zusammenfassung und Trends

Akteur	Kurzübersicht	Trend
<b>Koalition</b> (CDU, CSU, SPD)	Die Anhörung im Petitionsausschuss zeigte: Die Bundesregierung bleibt bei aller Kritik bei ihrem Regulierungskurs und dürfte sich, da die Kritik nur von den üblichen „Verdächtigen“ kommt, bestätigt fühlen. Zudem bietet der alarmistische Ton des DZV ggü. Bundestag und -regierung der Politik einen Anlass den Weg fortzuführen.	
<b>Opposition</b> (B90/Die Grünen, Die Linke)	Die Opposition stellt aktuell kein Gegengewicht zur Regierungskoalition dar. Hier bedarf es langfristig ausgerichteter Kommunikations- und Netzwerkmaßnahmen, um etwaige Unterstützer zu gewinnen und Stakeholder zumindest für die Belange der E-Zigarette zu sensibilisieren. Die Opposition trägt das Tabakwerbeverbot mit.	
<b>Bundesrat, Bundesländer</b>	Im Beobachtungszeitraum ist keine Positionsänderung der Länderkammer zu verzeichnen gewesen. Der Berliner Landesverband Bündnis 90/Die Grünen thematisiert erneut den Nichtraucherschutz im Wahlprogramm; eine Garantie zur Umsetzung ist dies noch nicht. Jedoch rückt das Issue (auf Landesebene) wieder in den Wahrnehmungsraum.	
<b>Verwaltung</b>	Die Ministerialverwaltung bleibt weiterhin der Linie einer strikten Regulierung treu. Ein möglicher Dialog mit BfR und BLL ist noch kein Zeichen der Einkehr. Er kann jedoch das gegenseitige Verstehen unterstützen und Diskussionsgrundlagen für Lösungswege zu Tage fördern.	
<b>Fachcommunity</b>	Die Fachcommunity bleibt gespalten. Positive Praxisbeispiele sind in Großbritannien zu verzeichnen. Kritik an der Vorgehensweise von CDC/FDA bzgl. der Kommunikation über die E-Zigarette erfährt wenig Resonanz. Dafür haben die Aussagen der US-Behörden Wirkpotenzial in anderen Staaten.	
<b>Legende</b> Tendenzen in Relation zu den Zielen des BFTG.	 Sehr positiv (Belange werden berücksichtigt)  Positiv  Neutral  Negativ  Sehr negativ (Krise)	

## 2. Meldungen

### 2.1. Bundesregierung und Bundesministerien, nachgelagerte Behörden

Datum: 20.04.2016

**Meldung:** Das Bundeskabinett hat das Änderungsgesetz zum TabakerzG (ÄndG TabakerzG) verabschiedet. Die Regierung beruft sich auf die EUTPD2 auf die WHO-[Tabakrahenkonvention](#) und den Jugendschutz. Das Änderungsgesetz und die Änderungsverordnung zur TabakerzV (ÄndG TabakerzV) befinden sich noch in der interministeriellen Abstimmung. Die Änderungsverordnung wird danach dem [Notifizierungsverfahren](#) bei der EU zugeführt. Neben den Werbebeschränkungen sieht der Gesetzgeber vor allem das Verbot von Inhaltsstoffen und Aromen (z.B. Menthol) vor. Die [Grünen](#) begrüßen die geplante Beschränkung der Tabakaußenwerbung: eine [Gruppe Oppositionsabgeordneter](#) der Grünen und Linken setzt sich derweil mit Gleichgesinnten aus anderen Staaten bei UN-Generalsekretär Ban Ki-moon für die Lockerung der Drogenpolitik ein.

Auch in anderen EU-Staaten engagieren sich Hersteller gegen eine weitere Regulierung der Inhaltsstoffe. PMI sowie der Zigarettenverband (DZV) äußerten in Gesprächen Interesse an einem gemeinsamen Vorgehen. PMI sondiert, unterstützt vom VdR derzeit die Möglichkeit

eines runden Tisches mit [BfR](#) via [BLL](#) zum Thema Inhaltsstoffe, bei dem sich möglicherweise auch die E-Zigarettenbranche beteiligen kann.

**Einordnung/Empfehlung:** Die Änderungen von TabakerzG und TabakerzV werden bis Jahresende den Gesetzgebungsprozess durchlaufen haben. Mit einer inhaltlichen Befassung – inkl. Anhörungen – in Bundestag und -rat ist vor allem nach der Sommerpause zu rechnen. Wir empfehlen, die Zeit bis zur Sommerpause (11.07.-04.09.2016) für weitere Gespräche und Kontaktabbauungen in BMEL, Fachpolitikern (Verbraucher, Wirtschaft) und Standortabgeordneten zu nutzen. Ziel sollte es sein, bei möglichen Anhörungen teilzunehmen und Abgeordnete über Inhaltsstoffe und die negativen Effekte durch Überregulierung aufzuklären.

Forderungen zur Lockerung der (internationalen) Drogenpolitik erscheinen auf dem ersten Blick ein Argument für den Harm Reduction-Ansatz. Jedoch stehen weite Teile CDU/CSU, SPD und der Bevölkerung einer liberalen Drogenpolitik skeptisch gegenüber.

**Quelle:** Hintergrundgespräche, [bmel.de](http://bmel.de)

**Datum:** 17.04.2016

**Meldung:** Die Annäherung von CDU/CSU und Bündnis 90/Die Grünen schreitet weiter voran. Nach Hessen werden [Baden-Württemberg](#) (wahrscheinlich) und [Sachsen-Anhalt](#) (beschlossen) eine Regierungsbeteiligung von CDU und Grünen aufweisen. Laut Hessen Ministerpräsident Bouffier wird eine Schwarz-Grüne Koalition im Bund „nicht unwahrscheinlicher“, jedoch bestehen weiterhin Differenzen. Diese sind aber nicht unüberbrückbar.

**Einordnung/Empfehlung:** Mit Union und Grünen nähern sich Parteien an, die in Teilen unterschiedliche Ansätze bei der Nikotin- und E-Zigarettenregulierung verfolgen. Bündnis 90/Die Grünen streitet zwar mit der Forderung von Cannabis für den Harm Reduction-Ansatz, wollen ihn aber nicht bei der E-Zigarette ansetzen – im Gegenteil. Der Wirtschaftsflügel der Union kann sich derzeit nicht gegen die Befürworter des Vorsorgeprinzips (siehe Report 11) durchsetzen.

Wir empfehlen, im sog. Realo-Flügel der Grünen die Gesprächsbereitschaft zu sondieren. Dazu bietet sich u.a. auch der Landesverband Baden-Württemberg an. Hier ist die Annäherung an die CDU am offensichtlichsten. Daneben ist der [Wirtschaftsflügel der Union](#) (inkl. MIT und Wirtschaftsrat) verstärkt anzusprechen. Beides dient der langfristigen Netzwerkbildung mit Blick auf die Bundestagswahl 2017. Nach derzeitigen Umfragen wäre Mindestens Union oder die Grünen Teil einer Regierungskoalition. Ziele a) Stärkung der Unions-Wirtschaftspolitik, b) Sensibilisierung des Realo-Flügels auf die Belange der E-Zigarette und ihre Rolle für Konsumenten und als Wirtschaftsfaktor, c) Abpufferung weiterer Regulierungen.

**Quelle:** [hessenschau.de](http://hessenschau.de) , [welt.de](http://welt.de)

## 2.2. Bundestag

**Datum:** 15.04.2016

**Meldung:** MdB Johannes Fechner (SPD), Obmann im Verbraucherausschuss und Mitglied im Europarechtausschuss, hat eine Suchtberatungsstelle in seinem Wahlkreis (WK 283 Emmendingen-Lahr, BW) besucht. Dabei wurde ihm vorgestellt, **E-Zigaretten seien risikobehaftet wie Alkopops**. Ebenso wurde der Gateway Effekt angesprochen: durch E-

Zigaretten würden Jugendliche gesundheitsgefährliche Verhaltensweisen (Tabakkonsum) einüben. Daher begrüßten die Suchtberater ggü. Fechner das Verkaufsverbot.

**Einordnung/Empfehlung:** Politiker reagieren i.d.R. sensibel auf Expertenmeinungen in ihrem direkten Umfeld (hier Wahlkreis) und sind darauf bedacht Forderungen, Vorstellungen und Wünsche aus den Wahlkreisen bei ihren Entscheidungen zu berücksichtigen. Daher wiegen auch Aussagen kleinerer Fachstellen, die sich wiederum an den Positionen bekannter Organisationen wie dem DKFZ orientieren. Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass der BfTG sich um weitere Termine mit MdB's in den Wahlkreisen bemühen muss.

**Quelle:** [johannesfechner.de](http://johannesfechner.de) , [regiotrends.de](http://regiotrends.de)

**Datum:** 11.04.2016

**Meldung:** Der Petitionsausschuss des Bundestages führte eine Anhörung zum Thema E-Zigarette durch. Geladen war die Interessengemeinschaft E-Dampfen (ig-ed), die den ursprünglichen Petenten vertrat (Petition Nr. 61453, siehe Report 18, 17, 16, 13 und 12). Während der Anhörung wies die PStS Flachsbarth (BMEL) erhebliche Wissenslücken über die von ihrem Hause ausgearbeiteten TabakerzG und TabakerzV sowie vorherige Anhörungen auf. Trotz des Verkaufsverbots an Jugendliche sollten ihr zufolge dennoch Aromen wie z.B. Erdbeere oder Menthol verboten werden, da diese Heranwachsende anziehen würden. Ebenso konnte sie dem Einwand nicht folgen, dass durch die vorgesehene Regulierung jeglicher Inhaltsstoff, der theoretisch ein Risikopotenzial sein könne, verboten werden könnte.

Sie unterstrich nochmals den Willen der Bundesregierung die E-Zigarette aus Jugendschutzgründen zu regulieren (Gateway Effekt) und verwies auch auf das umstrittene BGH-Urteil zu E-Zigaretten (siehe Report 14; Gutachten der Kanzlei [Juravendis](#)). Ihr zufolge sei es auch gesetzeswidrig, die E-Zigarette nicht zu regulieren, belegte diese Aussage jedoch nicht.

MdB Schwartze (SPD) befürwortet das Verbot: Er bezog sich auf den Dry Puff und die dadurch ggf. auftretenden krebserregenden Zerfallsprodukte. Dampf sei nicht gesund. Und der Dampf beinhalte Feinstaub. Die Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke (einzige Fraktion für eine ausgewogene Regulierung) schafften keine Korrektur der sich abzeichnenden Asymmetrie.

**Einordnung/Empfehlung:** Die Anhörung gibt das aktuelle Stimmungsbild in Regierung und Bundestag wieder. Die Vorteile der E-Zigarette (Harm Reduction, Dampf statt Rauch, Tabakersatz etc.) finden nach wie vor kaum Gehör. Es zeichnet sich ab, dass Geschmacksstoffe (EU-weit) weiter reguliert werden sollen. Die betroffenen Branchen sehen dies kritisch – auch in den anderen EU-Staaten. Ein Argument ggü. der Politik wäre, dass bei einem Aromenverbot die Verbraucher vermehrt selbst Liquidmischungen ohne adäquate sichere Grundstoffe ansetzen.

Wir empfehlen a) die Vernetzung mit Verbrauchern und anderen Branchen in Deutschland zu forcieren – gerade mit denen, die bislang wenig aktiv waren (z.B. Handel, Aromenhersteller, Tankstellen, DEHOGA); b) die europäische Ebene stärker zu beobachten; c) konzertierte Maßnahmen mit Partnern zu planen und umzusetzen (z.B. Betriebsratsbriefe an MdBs, Mailingaktion über Internet-Plattform, PR-Stunt); d) Wirtschaftspolitiker der Bundes- und Landesebene stärker anzusprechen (Einzelgespräch, Mailing mit Info-Paper, Veranstaltung).

**Quelle:** [bundestag.de/mediathek](http://bundestag.de/mediathek) (Beginn ab 1:59 Std)

### 2.3. Bundesrat und Bundesländer

**Datum:** 17.04.2016

**Meldung:** Der Berliner Landesverband von Bündnis 90/Die Grünen fordert in seinem Wahlprogramm zur Abgeordnetenwahl im September 2016 eine Verschärfung des Nichtraucher-schutzes. Kernargumente sind Jugendschutz und Schutz der Beschäftigten in der Gastro-nomie. Die Partei will sich am Beispiel NRW orientieren, wo die Landesregierung mit einem E-Zigarettenverbot vor Gericht scheiterte. [NRW steht der E-Zigarette kritisch gegenüber](#).

**Einordnung/Empfehlung:** Derzeit ist eine Koalition von SPD, Linke und Grünen am wahr-scheinlichsten. Die Grünen bringen den Nichtraucher-schutz zurück auf die Agenda. Es bleibt abzuwarten, inwieweit dies in Berlin aufgenommen wird ([SPD](#) schweigt zu dem Thema) und an Strahlkraft entwickelt. Wir empfehlen, die Möglichkeit Novellierung von Landesnichtrau-cherschutzgesetzen nicht außeracht zu lassen und dafür die gerade verhandelten Koaliti-onsverträge in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt zu beachten.

Des Weiteren empfehlen wir die Ansprache von Wirtschaftspolitikern von CDU, SPD und FDP Koalitionsverhandlungen in Rheinland-Pfalz – ggf. in Absprache mit JTI. Die FDP sucht Gelegenheiten, ihr liberales Image unter Beweis zu stellen, die SPD benötigt „volksnahe“ Themen und die CDU sucht Möglichkeiten, die SPD auszuspielen.

**Quelle:** [berlin.antragsgruen.de](http://berlin.antragsgruen.de)

### 2.4. Europa, EU und EU-Staaten

**Datum:** 19.04.2016

**Meldung:** Im NHS-Bezirk Greater Glasgow and Clyde (GGC) dürfen seit der 16 KW wieder E-Zigaretten in Gesundheitseinrichtungen konsumiert werden. Im April war ein allgemeines Konsumverbot in gesamt Schottland ausgesprochen worden. Die NHS möchte mit diesem Schritt Patienten, Angestellten und Angehörigen die Möglichkeit einer Alternative zu Tabak geben. „I believe allowing e-cigarette use is the next tool in that fight and it will play a role in reducing that figure even more.“, so Dr Emilia Crighton, NHS GGC's director of public health.

**Einordnung/Empfehlung:** Großbritannien liefert ein weiteres ggü. deutschen Politikern kommunizierbares Beispiel für E-Zigarettenregulierung mit Augenmaß. Ein Info-Paper, wel-ches über die pragmatischen Ansätze in anderen EU-Staaten informiert bietet sich als Politi-ker-Mailing an. Erfahrungen aus der Tabakwirtschaft zeigen, dass übersichtliche, auf Grafi-ken/Karten gestützte 1-2-Seiter von Politik und Verwaltung zur eigenen Orientierung genutzt werden.

**Quelle:** [bbc.com](http://bbc.com)

**Datum:** 13.04.2016

**Meldung:** Laut Angaben der Opposition plant die österreichische Bundesregierung die Ein-führung einer E-Zigarettensteuer. Dies könne bereits bei der Plenarsitzung des Nationalrates (Bundespapament vgl. dem Bundestag) am 27./28.04.2016 erfolgen. Der Opposition zufolge soll die Steuer parallel zur Tabaksteuer erhoben und könnte bereits 2017 fällig werden.

**Einordnung/Empfehlung:** Mit so einem Schritt würde Österreich entsprechende Überle-gungen auf EU-Ebene vorwegnehmen. Dort wird ebenfalls über eine Überarbeitung diskutiert (siehe Report 16). Wir empfehlen die Entwicklungen in Österreich weiter zu beobachten.

22.04.2016

Österreichs Vorgehen kann von EU und EU-Staaten als Vorlage für eigene Bestrebungen genutzt werden.

**Quelle:** [ots.at/presseaussendung](http://ots.at/presseaussendung)

**Datum:** 11.04.2016

**Meldung:** Der Schweizer Bundesrat (Exekutive) plant, sich noch in diesem Jahr final mit einem bundesweiten Tabakwerbeverbot zu beschäftigen. Bislang gibt es nur ein solches Verbot im Kanton Solothurn. Laut Medien sind die vor der Einführung von der Tabakwirtschaft vorhergesagten Negativeffekte ausgeblieben. Die Auswirkungen der Verbote auf die Werbewirtschaft sind als minimal einzuschätzen, so das Bundesamt für Gesundheit.

**Einordnung/Empfehlung:** Das Beispiel gibt Befürwortern eines breiten Werbeverbots Argumente gegen die Kritiken der Tabakwirtschaft an die Hand. Das harsche Auftreten hierzulande sowie der Beleg, dass andere Wirtschaftszweige kaum Auswirkungen spüren würden, mindert das Image der Tabakbranche noch mehr. Wir empfehlen, insbesondere für den Erhalt der Werbung am PoP sowie an Fachgeschäften einzutreten und zu sichern. Ebenso dürften Fachmessen und kleinere solcher Veranstaltungen künftig an Bedeutung für die Werbung zunehmen. Auch dies gilt es frühzeitig abzusichern, denn seit Jahren engagieren sich Gegner gegen Messen (z.B. InterTabac in Dortmund).

**Quelle:** [solothurnerzeitung.ch](http://solothurnerzeitung.ch)

### 2.5. Fachcommunity

**Datum:** 16.04.2016 , 15.04.2016

**Meldung:** Der allgemeine Tabakkonsum von Heranwachsenden in den USA ist zwischen 2011-2015 stabil geblieben. Jedoch sei ein signifikantes Absinken des Zigarettenkonsums zu beobachten, so CDC und FDA. Parallel stellten die beiden Gesundheitsbehörden einen Anstieg des E-Zigarettenkonsums fest. Die Behörden sehen in der E-Zigarette einen Grund für einen stabilen Tabakkonsum. Der Bostoner Gesundheitswissenschaftler Prof. Siegel beanstandet die CDC-Zahlen: Ihm zufolge [sinke der Tabakkonsum bei jungen Erwachsenen](#) generell, Er weist zudem auf einige Schwachstellen in Erhebung/Beurteilung des E-Zigarettenkonsums hin.

Erst kürzlich [kritisierten Wissenschaftler die Informationspolitik der US-Gesundheitsbehörden](#) bzgl. Tabak/Nikotinprodukte. Forscher der Columbia University verglichen zu die unterschiedlichen [Ansätze der E-Zigarettenregulierung](#) von Großbritannien und den USA.

**Einordnung/Empfehlung:** Die Behörden stufen E-Zigaretten als Tabak ein. Ähnlich wie die BGH-Entscheidung in Deutschland 2015 hat dies Signalwirkung auch in die europäische Politik hinein. Das Ergebnis lässt sich auch anders deuten: Die E-Zigarette erscheint als Alternative zu Tabakzigarette. Der Wechsel zu anderen Tabakprodukten kann anderen Gründen geschuldet sein. Jedoch wird die Tatsache in den US-Medien z.T. drastisch dargestellt und von den Behörden der [Eindruck](#) erweckt, Dampfen gerate „außer Kontrolle“. Botschaften, die nach Europa dringen. Bei Anfragen von Politikern zu diesem Sachverhalt kann auf Siegels Hinweise zurückgegriffen werden, welche die CDC-Aussagen relativieren helfen.

**Quelle:** [cdc.gov](http://cdc.gov) , [info-europa.com](http://info-europa.com) , [medicalnewstoday.com](http://medicalnewstoday.com) , [newsmax.com](http://newsmax.com) , [scientificamerican.com](http://scientificamerican.com)

**Datum:** 15.04.2016, 11.04.2016

**Meldung:** Forscher der Biomedical Research Foundation (Athen) haben die Auswirkungen von E-Zigarettdampf überprüft. Dafür wurden zwei Gruppen (1. gesunde Personen und 2. Menschen mit Atemwegserkrankungen) beobachtet. Die Forscher stellten Beeinträchtigungen der Lungenfunktion bei beiden Kontrollgruppen nach dem Konsum fest – deutlich schwerer bei der Kontrollgruppe 2. Sie kommen zum Schluss: „ECS causes acute pulmonary function impairment, lasting for less than 30 minutes after smoking. [...] **ECS ist not safe.**“

**Einordnung/Empfehlung:** Die Ergebnisse verwundern nicht. Die von der Studie ausgehende Botschaft beeinträchtigt jedoch den Harm Reduction-Ansatz. Medienrezipienten werden vor allem diesen Teil der Nachricht verinnerlichen, **nicht jedoch die Details des Versuches und die Ableitung von den Auswirkungen auf bereits Lungenkranke**. Zudem liefert die Studie keinen Vergleich zu den Auswirkungen von Tabakrauch, so dass auch keine Rückschlüsse auf die Risikominimierung durch die E-Zigarette ermöglicht werden.

**Quelle:** [eurekalert.org](http://eurekalert.org) , [sciencedirect.com](http://sciencedirect.com) , [focus.de](http://focus.de)

**Datum:** 18.04.2016, 14.04.2016

**Meldung:** Britischen Wissenschaftlern der Universität Stirling zufolge **wirkt E-Zigarettenwerbung am PoS auf das Konsumverhalten von Heranwachsenden**. Die Wahrscheinlichkeit des Konsums sei bei Jugendlichen, die Werbung oder E-Zigaretten im Handel sehen würden, deutlich größer. Die Autoren folgern: „[...] policymakers in the EU and elsewhere need to consider very carefully how to balance the promotion of e-cigarettes to adult smokers as an aid to help them quit, while at the same time minimising their uptake by young people.“

Prof. [Thomas Hartung](#), Toxikologe an der Johns Hopkins Bloomberg School of Public Health (USA) veröffentlichte bei der Royal Society of Chemistry einen ausgewogenen Kurzaufsatz über das Risiko von E-Zigaretten. Er schloss mit einem Vergleich zu Kaffee: von 30 auf Karzinogenität geprüfte Inhaltsstoffe seien 70% positiv ausgefallen – dennoch würde weiter Kaffee konsumiert. Er warnt vor übereilten Schritten: „But if we wait for this evidence to emerge and prohibit or hinder the use of e-cigarettes, we would probably miss a tremendous opportunity to save lives on a large scale.“

**Einordnung/Empfehlung:** Die Studie stützt Kritiker, BMEL und BMFSFJ im laufenden Regulierungsprozess der Zigarettenwerbung in ihren Forderungen nach verschärften Regeln. Die [Forscher schränken ihre Ergebnisse ein](#). Dieser Punkt ist für die Kommunikation der BfTG wichtig. Wir empfehlen, zeitnah und in Absprache mit anderen Akteuren (Werbe-, Tabakwirtschaft, Handel u.a.) eine Strategie zum Erhalt der Werbung am PoS, Messen etc. auszuarbeiten und umzusetzen. Insbesondere Wirtschaftspolitiker der Landes- und Bundesebene sollten gezielt angesprochen werden. Szenario: Möglich wäre, dass der Gesetzgeber Minderjährigen das Betreten von E-Zigarettenshops bzw. das Auslagern der Ware z.B. in Fach-, Einzelhandel oder Tankstellen untersagt.

**Quelle:** [independent.co.uk](http://independent.co.uk) , [bmcpublichealth.biomedcentral.com/articles](http://bmcpublichealth.biomedcentral.com/articles) (Studie) , [rsc.org](http://rsc.org)

**Datum:** 11.04.2016

**Meldung:** Indische Ärzte bringen in einer neuen Studie die Häufigkeit von Mundkrebs mit Kautabak/tabakhaltigen Kauprodukten in Verbindung (sog. Gutka und Masala Pan). Diese

seien vor allem bei Heranwachsenden beliebt. Die Wissenschaftler fordern eine striktere Regulierung dieser Produkte – insbesondere Werbebeschränkungen.

**Einordnung/Empfehlung:** Kautabake (Snus) galt bislang als risikoärmere Tabakalternative und Beleg für den Harm Reduction-Ansatz. Sollte sich eine breitere Kritik auch gegen Snus entwickeln, wird dies auch auf andere rauchlose Alternativen wie E-Zigarette negativ abfärben.

**Quelle:** [dnaindia.com](http://dnaindia.com)

**Datum:** 11.04.2016

**Meldung:** In Großbritannien sprechen sich einige Krankenhausmanager für einen abgewogeneren Umgang mit E-Zigaretten aus. Einige sehen in ihr eine Alternative für Raucher bzgl. des bestehenden Rauchverbots in Kliniken. Einzelne Stimmen bemängeln zudem, dass Dampfer in Raucherbereichen Tabakrauchausgesetzt sind.

**Einordnung/Empfehlung:** Auch, wenn es sich um Einzelaussagen handelt; der pragmatische britische Ansatz kann in Stakeholdergesprächen als Beispiel für eine Handhabung mit Augenmaß genutzt werden.

**Quelle:** [totallywicked-eliqum.co.uk](http://totallywicked-eliqum.co.uk)

### 2.6. Nikotin-Gegner und NGOs

**Datum:** 18.04.2016

**Meldung:** Auf dem Blog der Weltbank wird von einer Konferenz zusammen mit dem Internationalen Währungsfond und Stiftungen berichtet. Dabei wird deutlich, dass Weltbank und einflussreiche Stiftungen (z.B. Bill und Melinda Gates-Stiftung, Bloomberg-Stiftung) sich für eine höhere Besteuerung von Tabak aussprechen. Als Hauptargumente werden Gesundheitsschutz sowie Mehreinnahme für Entwicklungsländer genannt.

**Einordnung/Empfehlung:** Wichtige Finanzinstitutionen stellen sich auf die Seite der WHO. Tabak- und Nikotingegner werden dies als Aufforderung und Rückendeckung werten, um national weitere Regulierungen einzufordern bzw. umzusetzen.

**Quelle:** [blogs.worldbank.org](http://blogs.worldbank.org)

### 2.7. Tabakwirtschaft und Wettbewerb

**Datum:** 19.04.2016, 16.04.2016

**Meldung:** Der Zigarettenverband fordert die Streichung des Verbots von Tabakaußenwerbung aus dem ÄndG TabakerzG, welches am 20.04.2016 im Kabinett besprochen wurde (siehe Abschnitt 2.1). Der Verband stützt sich auf ein Gutachten des Leipziger Verfassungsrechtlers Prof. Dr. Degenhart. Degenhart betont in seinem Gutachten, dass die Werbung den Schutz der Meinungsfreiheit des Artikels 5 des Grundgesetzes genieße. Sie falle in den Schutzbereich Art. 12 GG (Berufsfreiheit). Zudem fehle es dem Gesetzentwurf wegen nicht erwiesener Wirkungszusammenhänge zwischen der Außenwerbung und der Raucherprävalenz von Heranwachsenden an Eignung.

Der Fachverband Außenwerbung (FAW) moniert in einer Pressemitteilung den Regulierungsschritt und befürchtet Spill Over-Effekte auf anderen Branchen. Der Verband bezweifelt

einen Zusammenhang zwischen Werbung und Tabakkonsum und sieht „demokratische Grundrechte“ in Gefahr. Der Markenverband sieht die unternehmerische Freiheit bedroht.

**Einordnung/Empfehlung:** Mit seiner Forderung kurz vor der finalen Kabinettsbefassung bringt sich der DZV erneut nicht konstruktiv ein. Mit einem Stattgeben der Forderung seitens der Regierung ist nicht zu rechnen. Der Verband erhöht vielmehr den Missmut in der Politik und verringert die Gesprächsbereitschaft von Politikern, die ein Abstrahlen des Negativimages fürchten. Das bruske Vorgehen des DZV in den letzten Wochen spielt PMI in die Hände: Der Konzern erscheint daher Politik und Verwaltung als verbindlicherer Ansprechpartner. PMI wird diese Situation nutzen, um seine Interessen besser einzubringen.

Die ähnlich alarmistische Tonlage von FAW und Markenverband ist ebenso weniger zweckdienlich. Harsche Kritik an der Politik – insbesondere wenn diese sich von der Bevölkerung gestützt sieht – führt eher zu Blockaden als zu einer dialogischen Annäherung.

Mit einer verbindlichen und konstruktiven Kommunikation kann sich das BfTG von der Tabakbranche absetzen und sollte auch seine Unabhängigkeit von DZV und FAW entsprechend betonen. Bei Mitgliedschaftersuchen seitens der Tabakkonzerne ist die ausschließliche Aufnahme der E-Zigarettentochter (unter deren Namen!) eine gangbare Option. Bei Gesprächen mit der Werbewirtschaft, sollte auf die Zweckdienlichkeit einer dialogisch-verbindlichen Auseinandersetzung mit dem Regulierer hingewiesen werden.

**Quelle:** [zigarettenverband.de](http://zigarettenverband.de) , [finanzen.net](http://finanzen.net) , [markenverband.de](http://markenverband.de) , [absatzwirtschaft.de](http://absatzwirtschaft.de)

**Datum:** 19.04.2016

**Meldung:** BAT wird ein neues Produkt iFUSE (siehe Report 16 und 8) weltweit als erstes in Rumänien einführen. BAT ist dort Marktführer. Rumänien hat erst kürzlich ein Rauchverbot in geschlossenen Räumen eingeführt; es liegt jedoch bereits ein Änderungsantrag zur Lockerung vor. Dessen Ausgang ist bislang ungewiss. In Großbritannien führt Bat zudem eine verbesserte Version seiner Pall Mall-EZig ein.

**Einordnung/Empfehlung:** Mit iFUSE schafft sich BAT, wie zuvor PMI, eine weitere Alternative zu Tabak wie zur E-Zigarette. BAT sichert sich damit gegen mögliche strikte Regulierungen ab und könnte letztlich von der Ummodellierung des Tabaksteuersystems profitieren (siehe Report 16).

**Quelle:** [romania-insider.com](http://romania-insider.com) , [romania-insider.com](http://romania-insider.com) , [thegrocer.co.uk](http://thegrocer.co.uk)

**Datum:** 11.04.2016

**Meldung:** Der vd-eh bietet nun auch eine Übersicht zu E-Zigarettenstudien an.

**Einordnung/Empfehlung:** Die Inhaltsangaben zu den vorgestellten Studien sind teilweise etwas ausführlicher. Die Darstellung wirkt durch beigefügte Screenshots im Vergleich ansprechender. Der Schlussantrag der Generalanwältin Kokott vom 23.12.2015 (siehe Report 11) gibt erste Hinweise, welche Tendenz der EuGH verfolgen kann.

**Quelle:** [vd-eh.de](http://vd-eh.de)

### 3. Termine



## Monitoringreport Nr. 19 (Kalenderwochen 15 und 16)

**Hinweis:** Wir empfehlen zum Entscheid des EuGH zu den beiden für E-Zigarette und Tabak relevanten Verfahren (siehe Report 11) Stellungnahmen und Verteiler vorzubereiten. Damit erhält sich das BfTG eine rasche Reaktionszeit und somit ein Teil Deutungshoheit ggü. Politik und Presse. Ein zeitnahes Versenden von Pressemitteilungen steigert zudem die Nennung in den Medien.

Chronologische Reihenfolge. Politisch relevante Termine werden **rot** markiert.

Datum	Thema	Akteur	Ort	Link
22.-24-04.2016	Dampfermesse „Hall of Vape“	Gäste u.a. Dr. Farsalinos, Prof. Mayer	Stuttgart	<a href="http://dampfer-magazin.de">dampfer-magazin.de</a>
22./23.05.2016 und 25.04.2016	Abstimmung Koalitionsvertrag ST; Ministerpräsidentenwahl ST	CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Landtag ST	Magdeburg	<a href="http://mdr.de">mdr.de</a>
26.04.2016	Veranstaltung „Vertrauenskrise der gesellschaftlichen Kommunikation“	Bundesverband der Pressesprecher	Berlin	<a href="http://bdp-net.de">bdp-net.de</a>
27.04.2016	14. Plattform Gesundheit der IKK zur Prävention	IKK	Berlin	<a href="http://ikkev.de">ikkev.de</a>
04.05.2016	Urteil <a href="#">Rechtssache C-547/14</a>	EUGH	Luxemburg	<a href="http://curia.europa.eu">curia.europa.eu</a>
04.05.2016	Urteil <a href="#">Rechtssache C-477/14 (E-Zigarette)</a>	EUGH	Luxemburg	<a href="http://curia.europa.eu">curia.europa.eu</a>
18.05.2016	Konstituierende Sitzung Landtag RP; ggf. Koalitionsvertrag finalisiert	Landtag RP, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP	Mainz	<a href="http://swr.de">swr.de</a>
6./7. Und 11.05.2016	Abstimmung Koalitionsvertrag BW und Konstituierende Sitzung Landtag BW	CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Landtags BW	Stuttgart	<a href="http://landtag-bw.de">landtag-bw.de</a> , <a href="http://landtag-bw.de">landtag-bw.de</a>
21.06.2016	Wirtschaftstag 2016	Wirtschaftsrat	Berlin	<a href="http://wirtschaftsrat.de">wirtschaftsrat.de</a>

**Hinweis:** Links werden i.d.R. als Hyperlinks oder Kurzlinks wiedergegeben.